

verbot für Singvögelkonserven aus ethischen Gründen erwünscht sein könnte, besteht keine Möglichkeit, die Einfuhr ... zum Verzehr zu verhindern.“

In der Tat lassen sich weder deutsche Zollbestimmungen noch die Naturschutzverordnung aus dem Jahre 1936 auf die Einfuhr geschlachteter Vögel anwenden. Verboten sind — nach Paragraph 19 der Verordnung — lediglich Einfuhr, Versand, Feilhalten und Erwerb lebender Vögel sowie ihrer „Bälge, Federn, Nester, Eier“. Vom Fleisch der Vögel ist nirgends die Rede.

Spitzmüller erkannte die Gefahr: „Wenn ein findiger Kaufmann in Stuttgart, Frankfurt oder einer anderen Großstadt auf die Idee kommt, geschlachtete Singvögel einzuführen, so wird vor allem ein gewisser Absatz an die Italiener, die in der Bundesrepublik leben, gesichert sein.“ Schlimmer noch: „Außerdem besteht die Gefahr, daß sich die Unsitte des Verspeisens von Singvögeln auch auf Deutsche in verstärktem Maß überträgt.“

Besorgt bat der Abgeordnete nun den Landwirtschaftsminister um Abhilfe. Hatte Schröder nach den Vorschriften des Lebensmittelrechtes geprüft, so legte Schwarz die Elle des Tierschutzes an und erwiderte Spitzmüller, das Tierschutzgesetz stelle zwar Tierquälerei unter Strafe, und die Naturschutzverordnung untersage Fang und Tötung einheimischer Singvögel, indes: „Beide Rechtsmaterien befassen sich ... nur mit lebenden Tieren.“

Lerchenfreund Spitzmüller gab nicht auf. Er spornte den Minister Schwarz an, entweder mit dem Wirtschaftsministerium „abzuklären“, ob mittels neuer Zollschutzmaßnahmen tote Singvögel von den deutschen Grenzen ferngehalten werden könnten, oder aber mit den Bundesländern über eine Ergänzung der Naturschutzverordnung (die als Landesrecht gilt) zu verhandeln.

Sorgte sich der Abgeordnete: „Heute sind es Lerchen in Dosen, morgen sind es Singvögel aller Arten, die dann möglicherweise ähnlich wie in Italien auf dem offenen Markt für die Lukull nachstrebenden Bundesbürger angeboten werden. Hier heißt es, den Anfängen zu wehren!“

Schwarz zeigte sich beeindruckt: Das Landwirtschaftsministerium will den Landesparlamenten nahelegen, außer Bälgen und Eiern der Singvögel auch „ihr Fleisch“ vom Versand und Verkauf auszuschließen.

Die Koblenzer Firma hat ihre Werbung speziell für Lerchenfleisch zunächst aufgegeben. Das von Spitzmüller aufgescheuchte Unterrichts- und Kultusministerium von Rheinland-Pfalz konnte dieses Zugeständnis „auf gutlichem Wege“ erreichen.

SOWJETZONE

VINCENZ MÜLLER

Tod im Parterre

Die Trauergemeinde lauschte der melancholischen Händel-Melodie. Dann trat Heinrich Homann vom Präsidium der National-Demokratischen Partei (NDP) vor und versicherte, in der Persönlichkeit des Verstorbenen verkörpere sich „in besonders sinnfälliger Weise Irrweg, Besinnung und Wandlung einer Generation“. Die Teilnehmer an der

Totenfeier im NDP-Hauptquartier an der Ostberliner Friedrichstraße hatten keinen Grund, diese Feststellung zu bezweifeln:

Der Parteifreund Vincenz Müller, dem die Exequien galten, hatte im Laufe seines 66 Jahre währenden Lebens nacheinander dem Kaiser Wilhelm als Pionieroffizier, dem Adolf Hitler als General und dem Walter Ulbricht als Stabschef der sowjetzonalen Volksarmee gedient. Homann: „So war das Leben Vincenz Müllers reich an bitteren Erfahrungen.“

Homann vermied es freilich, bekanntzugeben, unter welchen Umständen die vielseitige Laufbahn des von Hitler wie von Ulbricht dekorierten Kriegshelden

DDR-internen Kommunisten-Zank, dem der Volksgeneral schließlich nur noch durch den Freitod habe entrinnen können.

Am Tage der Trauerfeier posaunte die „Berliner Morgenpost“: „Es steht fest — Selbstmord des Vopo-Generals“. Die Obduktion habe ergeben, daß sich Müller bei seinem Fenstersturz einen Schädelbruch, Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen zugezogen habe. Das DDR-Presseamt, auf diese Berichte angesprochen, lehnte es ab, die „Morgenpost“-Version zu bestätigen. Allerdings: Ostberlin dementierte nicht.

Die Westberliner Zeitungen stellten daher spaltenlange Betrachtungen über die Gründe für den angeblichen Freitod



DDR-General Müller: Weder Selbstmord noch Exekution

ein so rasches Ende nahm. Er verschwieg, daß der prominente Volksarmist aus einem Fenster des ersten Stocks seiner Villa im Ostberliner Vorort Schmöckwitz gestürzt war.

Die DDR-Regenten hatten allen Grund, den Fenstersturz zu verheimlichen: Niemand hätte ihnen geglaubt, daß ein DDR-General ohne die Beihilfe gedungener Exekutoren aus dem Fenster fallen kann.

Die konsequente, DDR-einheitliche Schweigsamkeit über die Todesursache des Müller erzielte freilich nicht den gewünschten Effekt: Gerade der Umstand, daß die Ursache für Müllers Dahinscheiden verschwiegen wurde, ließ die Horchposten in den Westberliner Zeitungsredaktionen desto sicherer auf den Verdacht kommen, Vincenz Müller sei nicht den — einem Friedensgeneral angemessenen — Tod im Bett gestorben.

Als die Ostberliner Parteiblätter anderntags zwar wohlwollende, aber betont knappe Nachrufe veröffentlichten, werteten Westberlins journalistische Freiheitskämpfer diese Zurückhaltung sogleich als Indiz für heftigen,

Müllers an. Den beiden gängigsten Versionen,

- ▷ der Staatssicherheitsdienst (SSD) habe Müller verhaften wollen und
- ▷ der General habe sich aus Gram über den Ulbricht-Kurs das Leben genommen,

gesellte sich bald eine dritte zu: Müller sei besorgt gewesen, daß im Eichmann-Prozeß der Vorwurf wieder aufgewärmt werde, er habe als Offizier an Hitlers Ostfront die SD-Einsatzkommandos bei der Liquidation von Juden unterstützt.

Glaubwürdige Beweise freilich wurden für keine der drei Thesen beigebracht. Müllers Nachkriegs-Lebenslauf bietet nämlich keinerlei Hinweis, daß der General, der sich in sowjetischer Gefangenschaft dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“* angeschlossen und seit 1948 am Aufbau von Volks-

* Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ wurde im Juli 1943 auf Initiative der Sowjets und deutscher Kommunisten von gefangenen deutschen Offizieren in Krasnogorsk bei Moskau gegründet. Sein Ziel war, die Wehrmacht zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufzurufen.

polizei und Volksarmee mitgewirkt hat, jemals mit seinen neuen Herren ernstlichen Streit bekam. Außerdem pflegen Generale für gewöhnlich mit Hilfe der Dienstpistole und nicht via Fenstersturz aus der Verantwortung zu scheiden, zumal nicht durch Sprung aus dem ersten Stockwerk, dessen geringe Höhe gemeinhin keinen Erfolg verbürgt.

Auch die Geheim-Dialoge, die Vincenz Müller 1955 und 1956 mit seinem bayrischen Landsmann, dem damaligen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, in Ostberlin geführt hatte, konnten dem General nicht angelastet werden: Er handelte im Einverständnis mit den Sowjets und der Einheitspartei Walter Ulbrichts.

Schließlich ließ sich die Tatsache, daß Müller den aktiven Dienst im Frühjahr 1958 quittiert hatte und fortan nur noch als Berater tätig war, nicht als Indiz für ein Zerwürfnis mit dem DDR-Staat werten. Müller hatte seinen Abschied nämlich allein deshalb genommen, weil ihn ein chronisches, im Laufe der Jahre zunehmend quälendes Asthmaleiden an der Ausübung des Dienstes hinderte.

Dieses Gebrechen war denn auch, den politischen Spekulationen der Westberliner Blätter zum Trotz, die mittelbare Todesursache Müllers: Der General erlitt in der Nacht zum vorletzten Sonnabend einen schweren Asthma-Anfall und schleppte sich ans Fenster seines Schlafzimmers, um Luft zu schöpfen. Einer Ohnmacht nahe, verlor er die Balance und stürzte auf die Terrasse.

Sein Sohn, der Ostberliner Historiker Dr. Fritz Müller, der wegen des schlechten gesundheitlichen Zustands seines Vaters schon vor einigen Wochen in das Haus des Veteranen übergesiedelt war, benachrichtigte die Feuerwehr.

Vincenz Müller starb auf dem Wege in das Krankenhaus Köpenick, ohne der SSD-Schergen, die ihn laut „Morgenpost“ in den Tod getrieben hatten, je ansichtig geworden zu sein.

PARTEIEN

GDP

Ohne Kopfschmerzen

Den 517 Abgeordneten des niedersächsischen Landtags wurde unverhofft ein langer, fast arbeitsfreier Sommer beschieden: Die Parlamentarier, die zuletzt am 12. April amtiert hatten, werden sich nur noch im Juni zu einer kurzen Sitzung versammeln und dann erst im Herbst, nach den Bundestagswahlen, wieder tagen.

Einer der Gründe für diese ungewöhnlich langen Ferien ist die „parlamentarische Schizophrenie“ („Weser-Kurier“), an der jene 32 Volksvertreter leiden, die vor zwei Jahren für den BHE und die DP in das niedersächsische Hohe Haus einzogen.

Obwohl nämlich die beiden Parteien am vorvergangenen Wochenende auch im Lande der Welfen zur „Gesamtdeutschen Partei (DP/BHE)“ verschmolzen wurden, agieren ihre Landtagsfraktionen weiterhin getrennt: Die 13 Ex-Entrechteten mit dem GDP-Landesvorsitzenden und Finanzminister Hermann Ahrens an der Spitze betrachten sich noch als Teil der einst aus SPD, FDP

und BHE geschweiften Regierungskoalition, die 19 Ex-Deutschparteiern unter Führung des ebenfalls zum GDP-Landesvorsitzenden gekürten Richard Langeheine sitzen weiterhin gemeinsam mit den Christdemokraten auf den Bänken der Opposition.

Die GDP-Funktionäre berufen sich zwar offiziell darauf, daß erst die Geschäftsordnung des Landtags korrigiert werden muß, ehe die Mitglieder ihrer neuen Partei eine Parlamentsfraktion bilden dürfen. Ingeheim jedoch sorgten sie dafür, daß die niedersächsischen Volksvertreter nur noch im Juni einmal tagen und deshalb die Korrektur der Geschäftsordnung erst im Herbst vornehmen können.

Die beiden GDP-Landeschefs Ahrens und Langeheine haben nämlich keine Eile, ihre Parteifreunde im Parlament zu vereinen. Eine gemeinsame Fraktion könnte kaum noch die Antwort auf die Gretchen-Frage schuldig bleiben, ob sie — wie der BHE — an der niedersächsischen Regierung partizipieren oder — wie die DP — gegen das sozial-

Chefs hinauszögern, sondern auch die alten Parteinamen weiterhin mit Beschlag belegen, damit kein Konkurrent sich ihrer bemächtigt.

Die Ex-Deutschparteiern deklarierten ihre alte Organisation zur „DP in Liquidation“, die Ex-Entrechteten folgten ihrem Beispiel.

Während vom BHE-Fußvolk her, das fast widerspruchslos in die Gesamtdeutsche Partei marschierte, kaum die Gefahr droht, daß es eine Partei unter dem alten Namen auferstehen läßt, muß der zur GDP konvertierte Langeheine tatsächlich befürchten, daß abtrünnige frühere Parteifreunde die Deutsche Partei unter dem alten Firmenschild neu beleben. Gefahrenherde sind vor allem

▷ der DP-Kreisverband Hameln-Pyrmont, der seine kommunalen Parlamentarier derzeit als Unabhängige amtiert läßt,

▷ die DP-Ortsgruppe Gifhorn, die sich aus Protest gegen die Fusion mit dem BHE auflöste, und schließlich



GDP-Landeschefs Langeheine, Ahrens: Parlamentarische Schizophrenie

demokratisch geführte Kabinett opponieren will.

Diese Frage aber wollen Ahrens und Langeheine erst nach den Bundestagswahlen entscheiden. Sie hoffen, mehr als fünf Prozent der bundesdeutschen Wähler für ihre Retorten-Partei zu gewinnen und in das Bonner Parlament einzuziehen, um dann entweder

▷ gemeinsam mit der CDU/CSU die Bundesregierung zu bilden, dieses Bonner Modell auf Hannover zu übertragen und dort die Sozialdemokraten aus den Ministersesseln zu vertreiben oder aber

▷ gemeinsam mit der SPD in Bonn zu opponieren und in Hannover zu regieren, wenn dem Kanzler Adenauer an den GDP-Partnern nicht gelegen ist.

Nicht nur politische Entscheidungen aber wollen die machthungrigen GDP-

▷ die Anhängerschar des DP-Mitbegründers und langjährigen Parteichefs Heinrich Hellwege und des früheren Generalsekretärs Wilderich Graf von Galen, die sich der GDP-Gründung widersetzten, ohne sich jedoch — wie die Bundestagsabgeordneten Logemann (jetzt FDP) und Tobaben (jetzt CDU) — anderen Parteien anzuschließen.

Sowohl der BHE als auch die DP wollen zudem unter ihren alten Parteinamen Einfluß auf die noch zwei Jahre gültigen Landeswahlvorschläge behalten, um notfalls verhindern zu können, daß etwa ein in diesen Listen verzeichneter Kandidat für einen ausscheidenden Abgeordneten ins Parlament nachrückt, obwohl er der GDP nicht angehört.

Bei ihrer Manipulation haben die beiden alten Parteien allerdings das Vereinsrecht außer acht gelassen.